

## Kommt eine Wende in der Prager Kirchenpolitik?

Während die Berichte über administrativen Druck und staatliche Schikanen gegenüber Religionsgemeinschaften, besonders gegenüber der katholischen Kirche, anhalten, ist es auf der politischen, auch der kirchenpolitischen Szene des Landes seit Beginn des Sommers merkwürdig ruhig geworden. Erst die Ernennung des Prager Administrators *František Tomásek* zum Kardinal im Konsistorium vom 27. Juni und die Höflichkeiten, die aus diesem Anlaß zwischen dem hochbetagten Bischof und Staatspräsident *Gustav Husák* ausgetauscht wurden, brachten die Prager Kirchenpolitik wenigstens vorübergehend wieder ins Gespräch und förderten die Vermutung, der Druck auf die Kirche könnte demnächst einmal etwas nachlassen und es werde zu neuen Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und dem Vatikan kommen.

### Charta '77 nur Episode?

In der gleichen Zeit scheint auch die *Diskussion um die Charta '77* verebbt zu sein. Nach einer heftigen Presse- und Propagandakampagne gegen die Unterzeichner zieht es die Partei jetzt vor zu schweigen. Daß einzelne Unterzeichner mit großem Namen das Land inzwischen verlassen haben, dürfte zur Schwächung der Bewegung beitragen. Die Position der Kirche gegenüber dieser Bewegung war von Anfang an schwierig, und staatlicher Druck sorgte von Beginn an dafür, speziell die Bischöfe in eine mißliche Lage zu bringen (vgl. HK, März 1977, 119). So problematisch einzelne Erklärungen von „kirchlicher“ Seite auch sein mochten, es mag für manche „beruhigend“ wirken: ein großes Echo wurde ihnen so oder so nicht zuteil. Man weiß schließlich, wie eng der Spielraum der Kirche ist.

Welchen Anklang die Erklärungen der Bischöfe (vgl. HK, ebd.) gefunden haben, ließ sich zunächst nicht feststellen; zu groß ist die Furcht vor Denun-

ziation und Repressalien. Die regimefreundliche Stellungnahme der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ und der „Katholischen“ Caritas haben als einer der gewohnten Beiträge ihrer führenden Gruppe zur Parteipolitik kaum Aufsehen erregt. Wie tief ihr amtlicher Kurswert lag, zeigt die Tatsache, daß sie außerhalb der mageren „Kirchenpresse“ keine Beachtung gefunden hat; sie waren für das Kirchenvolk bestimmt, nicht für die sozialistische Gesellschaft.

Nicht viel besser erging es allerdings auch dem *Dokument Nr. 9 der Charta*, das ausschließlich der unterdrückten Religionsfreiheit in der ČSSR gewidmet ist. Es ist gleichfalls von dem Sprecher der tschechischen und slowakischen Menschenrechts-Verteidiger, dem ehemaligen Außenminister *Jiri Hájek*, unterschrieben und erschien am 1. Mai im englischen „Observer“. Darin werden unleugbare Akte religiöser Unfreiheit und gesellschaftlicher Diskriminierung gläubiger Menschen aufgedeckt, aber auch konkrete Forderungen gestellt. „Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß es Gläubigen genauso wie Ungläubigen möglich ist, ohne Furcht vor Repressalien ihre Ansichten zu vertreten, und zwar auch dann, wenn sie mit den offiziellen nicht übereinstimmen... Ein christlicher oder jüdischer Künstler, Lehrer, Wissenschaftler, Philosoph oder Publizist hat das gleiche Recht, am kulturellen Leben seines Landes teilzunehmen wie ein aktiver Anhänger des Marxismus-Leninismus...“

Wenn auch wesentliche religiös-kirchliche Belange in diesem Dokument unerwähnt bleiben und mehr die gesellschaftspolitische Seite der Religionsfreiheit betrachtet wird, so verdienen diese Äußerungen dennoch Beachtung, weil sich hier eine Umorientierung im Verhältnis zum gläubigen Teil des Volkes artikuliert. Doch auch sie versank, wie die gesamte Diskussion von einem in Presse und Rundfunk gleichen Zeitpunkt an, in einem totalen Schweigen; daß dies mit der Ankunft eines Kreml-Ideologen in

Prag zusammenfiel, ging in einer allgemeinen Resignation unter.

Unklar ist, was die *Irreführung der Öffentlichkeit* durch die Fälschung der Unterschriften der slowakischen Bischöfe bewirkt hat. Bekanntlich hatte sich in diesem Fall (vgl. Kathpress, 23.3.77), nachdem alle drei slowakischen Bischöfe eine Erklärung gegen die Charta abgelehnt hatten, der Vorsitzende des slowakischen Landesverbandes der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“, *Gejza Navratil*, wahrscheinlich von dem Direktor des Preßburger Kirchensekretariates, *Homola*, gewonnen, zu einem Täuschungsmanöver herbeigelassen: Unter die bei einem „Neujahresempfang“ durch den slowakischen Kulturminister *Válek* vorgelesene Stellungnahme wurden in der Preßburger „Katholischen Zeitung“ auch die Namen der slowakischen katholischen Bischöfe gesetzt, ohne daß diese unterschrieben oder auch nur mündlich zugestimmt hätten. Die Prager Regierung hat die Nachricht von dieser Fälschung nicht dementiert.

### Regierung über Veröffentlichungen im Westen beunruhigt

Nicht ohne Wirkung scheinen indes die *zahlreicher werdenden westlichen Veröffentlichungen* über Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Religionsfreiheit auf KPČ und Staatsführung geblieben zu sein. Noch mitten in der Auseinandersetzung um die Charta '77 setzte sich Kirchensekretär *Karel Hruza* in einem langen Artikel im Parteiblatt „*Rudé právo*“ (23. 2. 77) damit auseinander. Der Beitrag Hruzas ging aus von verschiedenen Berichten der Kathpress und des Vatikan-Senders sowie anderer Publikationsmittel über antikirchliche Maßnahmen und Behinderungen religiösen Glaubens in der ČSSR. Demgegenüber versuchte er aufzuzeigen, daß und wie Glaubens- und Religionsfreiheit in der ČSSR wirklich praktiziert werden: die Geistlichen würden vom Staat bezahlt, Kirchen würden renoviert, Religionsunterricht in den Schulen sei gesetzlich zugelas-

sen, das religiöse Bekenntnis der Bürger spiele keine (politische) Rolle.

Wie das alles in der Praxis aussieht, wurde natürlich übergangen. Richtig ist, daß das religiöse Bekenntnis von den Behörden nicht mehr registriert wird, aber entscheidend für Beruf und Fortkommen ist die Frage, ob und wie sich jemand „mit der Religion ausgeglichen“ hat, d. h., ob er noch gläubig ist. Richtig ist, daß ein Religionsunterricht gesetzlich erlaubt ist.

Aber K. Hružas Artikel verschweigt die Eingriffe in das kirchlich-religiöse Leben, die Behinderung der zugelassenen Priester und Bischöfe, den Mißbrauch der kirchlichen Institutionen und Personen zur Propagierung parteiamtlicher Ziele; er sagt nichts über eine amtlich gesteuerte und geforderte Zwangsatheisierung der Jugend, der gesetzlich nicht begründeten Aufhebung aller Klöster, des Verbotes aller klösterlichen Gemeinschaften usw.

Da es anders auch gar nicht zu erwarten war, fragt man sich, *für wen* der Beitrag geschrieben war. Hruža verweist anfangs auf Berichte der Kathpress und des Vatikan-Senders sowie anderer Publikationsmittel. Es hat jedoch den Anschein, daß das Parteiblatt vornehmlich entkräften wollte, was in einer Dokumentation aus der Schweiz dargelegt wird (Situation der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei. Dokumente, Berichte, hrsg. von der Schweizer National-Kommission Iustitia et Pax 1977). Diese sachlich-informative Darstellung scheint auch in Prag, in dortigen Parteikreisen, bekannt geworden zu sein und dort zu Reaktionen geführt zu haben.

## Vor neuer Verhandlungsrunde?

Man wird aber aus solchen Reaktionen Prags kaum allzu große Schlussfolgerungen ziehen können. Die Tatsache, daß man sich überhaupt herbeiläßt, Angriffe abzuwehren, scheint aber doch etwas mit der Absicht zu tun zu haben, die Wogen zu glätten. Eine *neue Verhandlungsrunde* könnte, jedenfalls wenn es zu gewissen Einigungen kommt, ihrerseits zur Beschwichtigung beitragen. Der Apostolische

Stuhl kann angesichts der prekären Lage der Kirche in beiden Länderhälften kein Verhandlungsangebot völlig ausschlagen. Da die Ernennung eines Apostolischen Administrators zum Kardinal wenigstens ungewöhnlich ist, kann man annehmen, daß die Bekanntgabe der schon im Frühjahr 1976 in pectore vorgenommenen Ernennung durch die Prager Regierung zwar nicht mit Enthusiasmus, aber doch durchaus positiv aufgenommen wurde. Auf das Schreiben des neuernannten Kardinals an Partei- und Staatschef Husák hat dieser korrekt geantwortet, das Bemühen der Regierung um ein gutes Verhältnis zum Vatikan – wie so oft schon früher – betont und – was neu ist und überrascht hat – sein persönliches Interesse an der kirchenpolitischen Entwicklung zum Ausdruck gebracht.

Auch sonst zeigte das politische Barometer für den kirchenpolitischen Raum Schönwetter an. Zur Heiligsprechung des aus der Diözese Budweis stammenden Johannes Nepomuk Neumann, der als Bischof von Philadelphia gestorben ist, war mit Bischof Tomášek auch der Kapitelvikar von Budweis, *Kavale*, nach Rom gekommen. Außerdem erhielt eine Gruppe (ausgewählter) tschechischer Priester die Erlaubnis zur Teilnahme an der Heiligsprechung am 19. Juni; die Teilnahme an der Generalaudienz am 22. Juni wurde ihnen jedoch von der tschechoslowakischen Botschaft nicht erlaubt; sie mußten am Tag der Audienz früh die Rückreise antreten. Daß dann am Tag nach der Heiligsprechung auch noch der Prager Generalvikar *Dr. Vaňek*, ein oft genannter Bischofskandidat der Regierung, mit einem anderen Mitglied des Kathedralkapitels von St. Veit nach Rom kam, mußte überraschen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß damit erste Schritte zu *neuen Bischofsernennungen* gemacht worden sind. Noch größeres Aufsehen erregte es, daß ein enger Mitarbeiter von Erzbischof Casaroli in der ersten Juni-Hälfte fast zwei Wochen in Böhmen weilte und mit Genehmigung und Unterstützung der Regierung eine große Anzahl von Priestern in allen vier Diözesen sprechen konnte.

## Trügerische Hoffnung

Es wäre jedoch eine trügerische Hoffnung, wollte daraus auf eine grundsätzliche Änderung in der tschechoslowakischen Kirchenpolitik geschlossen werden; zu viele schwierige Probleme harren einer beide Seiten befriedigenden Lösung, zu groß wäre der Abbau bisherigen Kirchenkampfes.

Zunächst ist nicht verständlich, daß Kardinal Tomášek weiterhin (nur) Apostolischer Administrator von Prag ist und nicht auch zum Erzbischof ernannt wurde; die Gründe dafür liegen sicher nicht beim Heiligen Stuhl. Es bleibt nur die Hoffnung, daß trotz des hohen Alters Tomášeks im Rahmen neuer Bischofsernennungen auch dieser anormale Zustand beendet wird. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß die Prager Regierung damit die Ernennung ihrer Kandidaten für andere Bistümer erkaufen will. Der Heilige Stuhl stünde dabei in einem Vollzugszwang, dem er sich kaum entziehen kann. Denn wie der Papst in seiner Ansprache beim Ad-limina-Besuch der Bischöfe am 18. März ausdrücklich betont hat, ist es das Bemühen des Heiligen Stuhls, den Diözesen Böhmens und Mährens wie auch der Slowakei Bischöfe zu geben, aber, und auch dies hat der Papst betont, Bischöfe, die „der Kirche von Herzen ergeben“ sind. Dazu kommen aber noch andere wichtigere Anliegen der Kirche: die unbehinderte Leitung der Diözesen durch die Bischöfe, die Ermöglichung einer wirklichen seelsorglichen Tätigkeit der Priester, die Zulassung zum geistlichen Amt.

Was jede Hoffnung auf eine Klimabesserung im kirchenpolitischen Geschehen in der ČSSR dämpfen, ja sogar zur Illusion machen muß, ist die Doppelbödigkeit im Verhalten der Prager Machthaber: Regierung und Diplomaten signalisieren für die Kirche freie Fahrt, zeigen auf eine Schönwetterperiode, aber Partei und staatliche Verwaltung bekämpfen Religion und Gläubigkeit der Bevölkerung, behindern kirchliches Leben und Wirken. Dieser Feststellung gegenüber muß schlicht gesagt werden: eine behinderte und instrumentalisierte Kirche ist keine freie Kirche.